

# Plan zur Abschaffung der A-Post kommt gar nicht gut an

- 02.03.2022
- Tages-Anzeiger
- Bianca Lüthy Beni Gafner

Bianca Lüthy und Beni Gafner Die Post hat heute einen klaren Auftrag, wie schnell sie die Post liefern und welche Aufgaben sie grundsätzlich leisten muss. Dieser Grundversorgungsauftrag ist nun von einer Expertenkommission im Auftrag des Bundes unter die Lupe genommen worden. Die Änderungen, die sie vorschlägt, stossen bei Politikern auf breite Kritik. Dazu gehört, dass Briefe nur noch an drei Tagen pro Woche zugestellt werden müssten. Die A-Post würde somit gestrichen.

Für die Expertenrunde ist klar: «Die Grundversorgung mit Post und Zahlungsdiensten muss modernisiert werden.» Politik und Wirtschaft teilen zwar mehrheitlich diese Meinung, uneinig sind sie sich aber über die Vorschläge der Kommission. So wird grossflächig befürchtet, dass es zu einem Abbau des Service public kommen könnte. Das Vorhaben sei chancenlos. Beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund sowie der Syndicom stossen die Vorschläge auf klare Ablehnung: Sie zielen zu stark auf einen Abbau des Service public ab. Economiesuisse hingegen begrüsst etwa den Vorschlag, das heute noch bestehende Teilmonopol im Briefbereich aufzuheben: «Zugunsten der Kundinnen und Kunden, der Unternehmen im Postmarkt und auch der Post selbst ist das letzte Briefmonopol Europas abzuschaffen.

» SP-Ständerat Paul Rechsteiner sagt: «Aus meiner Sicht ist das, was hier vorgeschlagen wird, politisch chancenlos und eine Zeitverschwendung. Es ist noch chancenloser als die Teilprivatisierung von Postfinance.» Trotz Digitalisierung befördere die Post immer noch 15 Millionen Briefe pro Tag. «Die Vorschläge der Expertenkommission gehen vollkommen in die verkehrte Richtung. Eine zuverlässige A-Post ist das Rückgrat der Briefpost», so Rechsteiner.

Auch FDP-Ständerat Josef Dittli ist kritisch: «Ich teile grundsätzlich die Auffassung, dass es eine Modernisierung der Post benötigt und sie mehr Spielraum erhalten soll, um ihre Leistungen eigenwirtschaftlich zu erbringen und sie an den neuen Bedürfnissen der Kunden zu orientieren.» Zentral sei dabei, dass dies keine Qualitätseinbussen für die Bürgerinnen und Bürger bedeute. Post solle keine Bank werden. Dittli erachtet vor allem die Abschaffung der A-Post als problematisch. Sein Vorschlag wäre es, stattdessen bei der B-Post abzubauen. «Wenn die A-Post bleibt, spielt es für mich auch keine Rolle, wenn die B-Post nur noch dreimal pro Woche ankommt», sagt der Urner Ständerat.

Auch SVP-Nationalrat Thomas Hurter ist dagegen, die A-Post einzustellen. «Der Paketdienst wird immer wichtiger, eine Ausdehnung auf sechs Tage in der Woche begrüsse ich. Dass hingegen die Briefpost nur noch dreimal wöchentlich zugestellt werden soll, geht nicht.» Hurter begrüsst jedoch die Ausschreibung des Zahlungsverkehrs: «Die Post soll keine Bank werden.» Für Paul Rechsteiner kommt das nicht infrage: «Beim Zahlungsverkehr ist die Post das Rückgrat der Grundversorgung.

Niemand hat etwas davon, wenn diese statt vom Bundesunternehmen Post von kommerziellen Banken übernommen wird, für die die Gewinnmaximierung im Vordergrund steht.» Er schlägt vor, die Chancen einer Bündelung der Post mit der Swisscom auszuloten, da beide teilweise auf den gleichen Feldern tätig sind. «Zu solchen offensiven Fragestellungen ist der Expertenkommission aber offenbar nichts eingefallen. Aus Sicht der Bevölkerung wären das die spannenden Fragen.»